

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Unterstützung der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) durch linksextremistische Strukturen in Thüringen

Dem Thüringer Verfassungsschutzbericht 2020 ist auf Seite 72 zu entnehmen: "Die PKK wird auch weiterhin auf verschiedenen politischen Ebenen und unter Einbindung politischer Akteure versuchen, ihre Bewertung als terroristische Organisation zu revidieren und das öffentliche Meinungsbild in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch hierbei findet sie - ebenso wie bei der Umsetzung diverser Aktionen und Durchführung von Veranstaltungen und Versammlungen - Unterstützung [SIC] linksextremistischen Strukturen."

Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat die **Kleine Anfrage 7/3374** vom 31. Mai 2022 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. Juli 2022 beantwortet:

1. Welche einzelnen linksextremistischen Strukturen (Einzelnennung) unterstützen im Freistaat Thüringen die PKK mit welchen einzelnen Aktionsformen (Einzeldarstellung) bei dem Versuch, ihre Bewertung als terroristische Organisation zu revidieren und das öffentliche Meinungsbild in ihrem Sinne zu beeinflussen?

Antwort:

Die "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) wird in Thüringen insbesondere von der linksextremistischen "Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD) sowie Einzelakteuren aus dem linksextremistischen Spektrum in Form von Teilnahmen Einzelner/kleinerer Gruppierungen bei Veranstaltungen, vereinzelt Redebeiträgen, Informationsständen und der Anmeldung von Veranstaltungen unterstützt. Die Unterstützung basiert unter anderem auf dem sozialistischen Internationalismusgedanken. Bei Veranstaltungen werden gemeinsame politische Interessen thematisiert, um sich mit der PKK und ihren Unterstützern zu solidarisieren. Dabei werden in der Regel die Hauptanliegen der PKK, wie die Situation in der Heimatregion, die Haftsituation des PKK-Gründers Abdullah ÖCALAN oder die Aufhebung des PKK-Verbotes in der Bundesrepublik hervorgehoben.

2. Wie arbeiten die Akteure der PKK konkret mit linksextremistischen Strukturen im Freistaat Thüringen zusammen und welche Ergebnisse im Hinblick auf das laut Verfassungsschutzbericht erklärte Ziel konnten bisher erreicht werden?

Antwort:

Es liegen bisher keine Erkenntnisse zu einer konkreten Zusammenarbeit zwischen der PKK und linksextremistischen Strukturen im Freistaat vor.

3. Auf welchen politischen Ebenen im Freistaat Thüringen wurde in der Vergangenheit auf welche politischen Akteure vonseiten der PKK in welcher Form Einfluss genommen?

Antwort:

Bisher konnten bei Veranstaltungen, die einen Bezug zur PKK aufweisen, vereinzelte Teilnahmen von politischen Akteuren aus dem linkspolitischen Spektrum - zum Teil auch unter aktiver Mitwirkung in Form von Redebeiträgen - festgestellt werden. Derartige Unterstützungshandlungen können durch die Organisation genutzt werden, um auf die eigenen Anliegen aufmerksam zu machen und die Bemühungen auf politischer Ebene voranzutreiben, die PKK als legitimen Vertreter und Ansprechpartner in der "Kundenfrage" anzuerkennen.

4. Wie wurde diese Einflussnahme (vorherige Frage) durch das Amt für Verfassungsschutz festgestellt und beweisfest gesichert?

Antwort:

Die Informationserhebung erfolgt unter anderem über öffentlich zugängliche Quellen. Weitere Maßnahmen zur Informationserhebung stellen nachrichtendienstliche Mittel dar, welche - um die Arbeitsweise des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen nicht zu gefährden - nicht weiter benannt werden.

5. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden durch die Ermittlungsbehörden in den vergangenen zehn Jahren im Freistaat Thüringen eingeleitet, die auf einer Zusammenarbeit der PKK mit linksextremistischen Strukturen beruhen (jährliche Gliederung, Nennung der Deliktsbezeichnung und eines anonymisierten Kurzsachverhalts)?

Antwort:

Im Fragezeitraum wurden keine Ermittlungsverfahren im Sinne der Fragestellung eingeleitet.

Maier
Minister